

POSTULAT von Adrian Bergmann (SVP, Meilen) und Mitunterzeichnende

betreffend Keine ÖV-Finanzierung mit Strassengeldern

Der Regierungsrat wird beauftragt, das Strassengesetz sinngemäss so anzupassen, dass Aufwendungen für den öffentlichen Verkehr im Strassenbereich in Zukunft nicht mehr mit Geldern für den Strassenbau (unter anderem Strassenfonds) finanziert werden dürfen.

Adrian Bergmann

E. Züst	H. Wickli	M. Clerici	R. Hatt	U. Isler
F. Hess	F. Binder	R. Ackeret	P. Good	Hj. Fehr
H. Frei	A. Schneider	B. Dobler	L. Styger	L. Rüegg
W. Bosshard	H. Wuhrmann	G. Schellenberg	U. Moor	H. Wild
H.-H. Heusser	M. Styger	H. Badertscher	E. Knellwolf	E. Brunner
R. Frehsner	P.-A. Duc	W. Hürlimann	O. Bachmann	U. Kübler
H. P. Züblin	Th. Weber	H. Egloff	R. Bachmann	K. Krebs
L. Habicher	Ch. Mettler	P. Mächler	A. Heer	A. Suter
M. Mossdorf	R. Cavegn			

Begründung:

Im Gegensatz zum Individualverkehr wird der öffentliche Verkehr mit einem bedeutenden Anteil an Steuergeldern alimentiert. Der Strassenbenützer hingegen, unterstützt mit seinen Treibstoffzollzuschlägen sogar die Realisierung der NEAT. Dies obwohl in unserem Kanton der Strassenfonds überschuldet ist.

Unverständlich ist deshalb umsomehr, dass in jüngster Zeit vermehrt Strassenanpassungen für Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs, durch den Strassenfonds finanziert werden sollen. Auch bei der geplanten Realisierung der Stadtbahn sind Strassenanpassungen vorgesehen, deren Finanzierung zum Teil dem Strassenbau belastet werden sollen.

Kostenwahrheit ist deshalb von Nöten. So sind in Zukunft deshalb Aufwendungen für Busbeschleunigung, sowie Investitionen für andere Verkehrs- und Steuerungsanlagen die dem öffentlichen Verkehr dienen, in jedem Fall dem Verkehrsfonds zu belasten.